

## 6.15 Neu Hessen heißt Flüchtlinge willkommen – aktiv für Menschenrechte und Integration!

AntragstellerIn: Landesvorstand, Landtagsfraktion

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht vor Krieg, Leid, Verfolgung und Hunger. Viele  
2 davon sind Kinder. Die Bilder und Berichte in den Medien von Menschen auf der Flucht bewegen  
3 uns GRÜNE zutiefst. Sie erinnern uns erneut daran, dass gerade der wohlhabende Teil der Welt in  
4 der Verantwortung steht, diesen Menschen eine neue Heimat zu eröffnen – auch weil viele der  
5 Konflikte auf dieser Welt mit der ungleichen Verteilung von Reichtum und Armut, der Art unserer  
6 weltweiten Wirtschaftsweise oder unserem Handeln oder teilweise Nicht-Handeln in diesen Ländern  
7 zu tun haben.

8 Auch in Hessen kommen Flüchtlinge aus aller Welt an, in den letzten Wochen besonders viele. Der  
9 Anteil derer, die vor Krieg und Gewalt fliehen, hat sich deutlich erhöht. Waren es 2013 noch  
10 8.688 Flüchtlinge, die nach Hessen kamen, so waren es von Januar bis Juli 2015 bereits 22.708  
11 Menschen. Insgesamt werden im Jahr 2015 derzeit 58.000 Asylsuchende erwartet. Die Situation für  
12 diese Menschen ist angespannt, ihnen muss sofortige Hilfe zuteil werden. Aber auch für die  
13 Akteure, die sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den aufnehmenden Gemeinden und  
14 Kreisen engagieren, ist die aktuelle Situation sehr fordernd.

15 Wir wollen, dass die hier ankommenden Menschen in Hessen willkommen geheißen werden.  
16 Menschen,  
17 die vor Verfolgung, Krieg und Terror fliehen mussten, müssen zügig anerkannt werden. Wir  
18 wollen, dass diese Menschen gut und sicher leben können und dass sie eine Perspektive für ihr  
19 weiteres Leben entwickeln können. Wir wissen, dass viele dieser Menschen hier bleiben werden  
20 und wir begreifen dies auch als Chance für unser Land.

21 Es kommen auch Menschen hierher, die in ihrem Land aufgrund der ökonomischen Situation keine  
22 Perspektive für sich und ihre Familien mehr sehen. Auch sie versuchen aus individuell  
23 verständlichen Gründen Asyl zu erhalten, weil ihnen kein anderer legaler Zuwanderungsweg nach  
24 Mitteleuropa zur Verfügung steht. Auch wenn nicht alle Asylsuchenden auch einen Asylanspruch  
25 haben ist für uns elementar, dass alle ein Recht darauf haben, menschenwürdig behandelt zu  
26 werden. Eine Perspektive für diese Personengruppe liegt insbesondere in der sozialen und  
27 wirtschaftlichen Verbesserung in ihren Herkunftsländern – für die auch Deutschland und Europa  
28 Verantwortung tragen, sowie in einem für Deutschland überfälligen Einwanderungsgesetz.

29 In der aktuellen Situation sind alle Ebenen und Akteure gefragt, da anzupacken, wo Hilfe  
30 benötigt wird. Auch das Land Hessen muss weiterhin zeigen, dass alles getan wird, um den  
31 Schutzsuchenden die Hilfe zu geben, die sie benötigen.

32 Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Ausländerbehörden bei der Vollstreckung der  
33 Ausreisepflicht jeden Einzelfall dahingehend sensibel überprüfen, ob Abschiebungshindernisse  
34 vorliegen oder eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung geboten erscheint. Wir setzen uns  
35 für eine Aussetzung von Abschiebungen in Regionen ein, bei denen in den Wintermonaten für die  
36 zurückkehrenden Flüchtlinge unzumutbare Härten entstehen würden. Durch eine solche Aussetzung  
37 der Abschiebung und einem humanitär begründeten Bleiberecht soll sichergestellt werden, dass  
38 Menschen vor einer die Lebensexistenz bedrohenden Diskriminierung geschützt werden. Dabei ist  
39 insbesondere die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)  
40 und des Bundesverfassungsgerichts, wonach vonseiten des aufnehmenden Landes eine Zusicherung  
für eine menschenwürdige und damit winterfeste Unterkunft vorliegen muss – insbesondere für

41 schutzbedürftige Gruppen (beispielsweise Familien mit Kindern unter 16 Jahren und Schwangere) –  
42 zu beachten.

43 Die große Aufnahme- und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, das große Engagement vieler  
44 freiwilliger Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen sowie vieler weiterer  
45 Ehrenamtlicher, der enorme Einsatz der zuständigen Behörden, die vielen Projekte und  
46 Hilfsaktionen sind ein eindrucksvolles Zeichen der vorherrschenden Willkommenskultur. Wir sind  
47 dankbar für das, was bereits geleistet wurde und wollen diesen Einsatz weiterhin stärken und  
48 unterstützen. Der vom Landesverband für den 10. Oktober organisierte Flüchtlingskongress in  
49 Wetzlar ist ein Schritt auf dem Weg zu einer Vertiefung des Dialogs und Stärkung der Vernetzung  
50 von Ehrenamtlichen, Geflüchteten, Initiativen, Unternehmen, Vereinen, Verbänden und  
51 Interessierten.

52 Für uns ist klar: Diese Aufgabe stellt das Land und die Kommunen vor gigantische  
53 Herausforderungen. Aber es besteht kein Zweifel, dass wir den Menschen die bestmögliche  
54 Aufnahme, Versorgung und Integration ermöglichen. Denn die meisten von denen, die bei uns  
55 Schutz suchen, werden auch hier bleiben.

56 Deshalb gilt es, als Land Hessen, in den Kommunen und durch bürgerschaftliches Engagement  
57 konsequent und nachhaltig alles zu tun, damit diesen Menschen die Ankunft und der Verbleib in  
58 Hessen würdig und rasch ermöglicht wird.

59 Wir begrüßen, dass die Landesregierung große Anstrengungen für eine möglichst gute  
60 Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge unternimmt und bereits eine Fülle zusätzlicher  
61 Maßnahmen ergriffen hat:

62 • Damit die hier ankommenden Menschen eine menschenwürdige Unterkunft finden, hat das Land

63 Hessen zusätzlich zur Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen insgesamt 21 weitere  
64 Erstaufnahmeeinrichtungen und Außenstellen eröffnet. Die Zahl von 6.000  
65 Erstaufnahmeplätzen, die bis Anfang 2015 eingerichtet wurden, wurde damit in den letzten  
66 Monaten mehr als verdoppelt, um der Vielzahl Hilfesuchender gerecht zu werden. Bis  
67 Jahresende sollen 19.000 Erstaufnahmeplätze eingerichtet werden. Eine vorübergehende  
68 Unterbringung in Zelten war bei den derzeitigen hohen Zugangszahlen innerhalb eines sehr  
69 kurzen Zeitraums leider unumgänglich. Es müssen jetzt alle Möglichkeiten genutzt werden,  
70 um dies nicht dauerhaft nötig zu machen – insbesondere nicht im Winter. In den  
71 Erstaufnahmeeinrichtungen werden die dort ankommenden Flüchtlinge medizinisch versorgt  
72 und können ihren Asylantrag stellen. Angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen hat  
73 das Land im kommenden Jahr 630 Millionen Euro für die Versorgung und Unterbringung von  
74 Geflüchteten in den Entwurf des Landeshaushalts eingestellt – trotz Schuldenbremse. Schon  
75 jetzt zeichnet sich ab, dass diese Summe in den Haushaltsberatungen weiter erhöht werden  
76 muss.

77 • Die Gebietskörperschaften erhalten seit Anfang 2015 eine um 15 Prozent erhöhte  
78 Geldzuweisung für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung jedes Flüchtlings. Im Laufe  
79 dieses Jahres will sich das Land mit den Kommunen auf eine weitere Anpassung der  
80 Pauschalen verständigen.

81 • Die bereits zur Verfügung gestellten Bundesmittel zur Unterbringung und Versorgung von  
82 Flüchtlingen werden vom Land eins zu eins an die Landkreise und kreisfreien Städte

- 83 weitergegeben. Die Kommunen erhalten somit zusätzliche 36,9 Millionen Euro für die  
84 Unterbringung und Versorgung vor Ort.
- 85 • Frauen und Kinder sind leider besonders häufig von sexualisierter oder  
86 geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Auch auf der Flucht erleiden sie Missbrauch und  
87 Vergewaltigung. Um ihnen Ruhe und besonderen Schutz zu gewährleisten, wurden in Darmstadt  
88 350 Plätze nur für Frauen und Kinder reserviert. Auch in den Außenstellen Wetzlar,  
89 Marburg und Limburg gibt es eine gesonderte Unterbringung nur für Frauen.
  - 90 • In Hessen kommen im Bundesvergleich besonders viele minderjährige Jugendliche an, die  
91 ohne ihre Eltern auf der Flucht sind. Sie erfahren hier besondere Fürsorge und werden in  
92 eigenen Einrichtungen pädagogisch und sozial betreut. In Jugendhilfeeinrichtungen in den  
93 Kommunen wird ihnen eine auf ihre individuelle Lage zugeschnittene Hilfeleistung zuteil.  
94 Mit dem Landesprogramm InteA erhalten nun auch junge Menschen ab 16 Jahren, die nicht  
95 mehr der Schulpflicht unterliegen, eine Chance auf Bildung und die Möglichkeit, einen  
96 Schulabschluss zu machen.
  - 97 • Für Frauen und Kinder aus dem Nordirak und Syrien, die Opfer geschlechtsspezifischer oder  
98 sexueller Gewalt geworden sind, prüft die Landesregierung, wie sie das bereits bestehende  
99 Sonderkontingent des Landes Baden-Württemberg erweitern kann. So sollen die betroffenen  
100 Frauen und Kinder direkt nach Hessen kommen, um hier Schutz und Hilfe zu finden.
  - 101 • Durch die GRÜNE Regierungsbeteiligung wurde es geflüchteten Menschen, die keine  
102 gesicherte Aufenthaltsgenehmigung bekommen und sich in einer besonders schwierigen Lage  
103 befinden, leichter gemacht, einen Härtefall zu beantragen. Mit der Reform der  
104 Härtefallkommission können nun auch Menschen, die aufgrund von Alter, Krankheit,  
105 Behinderung oder aus familiären Gründen nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt  
106 selbst zu finanzieren, als Härtefälle anerkannt werden. Dafür braucht es nunmehr nur noch  
107 eine einfache Mehrheit in der Härtefallkommission.
  - 108 • Im Oktober und Dezember diesen Jahres wird von der Landesregierung ein Asylkonvent  
109 einberufen. Hier sollen die dringenden Fragen der Flüchtlingspolitik und die  
110 Integrationspolitik des Landes gemeinsam mit Verbänden und Experten diskutiert werden.  
111 Dies ist auch eine Weiterführung der Gespräche der im Februar 2015 von der  
112 Landesregierung einberufenen Asylkonferenz.
  - 113 • Im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms wird ergänzend zu den vorhandenen  
114 Programmen ein zusätzliches Wohnungsprogramm mit einem Volumen von 230 Millionen Euro  
115 aufgelegt, um für Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlinge zusätzlichen  
116 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 117 Wir wollen allen hier ankommenden Menschen mit Offenheit, Mitgefühl und Solidarität begegnen.  
118 Der menschenwürdige Umgang mit Schutzsuchenden ist und bleibt Leitfaden unserer Asyl- und  
119 Flüchtlingspolitik. Dies ist angesichts der Herausforderungen für einen menschenwürdigen Umgang  
120 mit geflüchteten Menschen nur ein Anfang, weitere Schritte müssen folgen.
- 121 Der Willkommenskultur muss die Integrationskultur folgen. Die Flüchtlinge, die auf absehbare  
122 Zeit oder für immer hier bleiben, brauchen schnellen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen  
123 sowie zum Arbeitsmarkt.

124 Die GRÜNEN Hessen setzen sich deshalb weiterhin u.a. für Folgendes ein:

- 125 • Den Ausbau der Unterstützungsangebote für Flüchtlingskinder an unseren Schulen
- 126 • die aktive Umsetzung der EU-Richtlinie für besonders Schutzbedürftige (Kranke, Alte,  
127 Traumatisierte, Menschen mit Behinderung);
- 128 • die Evaluierung des Landesaufnahmegesetzes und Anpassung an bundespolitische  
129 Neuregelungen;
- 130 • die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Erstaufnahme mit Ärzteteams und so weit  
131 möglich psychologischer Betreuung der Flüchtlinge.
- 132 • Nach der Erstversorgung sollen eine dauerhafte Perspektive und eine Integration in die  
133 Gesellschaft schnellstmöglich sichergestellt werden. Deshalb sollen Programme zum Erwerb  
134 von Sprache und Qualifikationen sowie zur Integration in den Arbeitsmarkt für diese  
135 Zielgruppe verstärkt, fokussiert und genutzt werden.
- 136 • Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sollen bei ihrer Arbeit unterstützt und  
137 koordiniert werden.
- 138 • Wir setzen uns für eine bundesweite Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge ein  
139 und werden gleichzeitig landespolitische Handlungsmöglichkeiten nutzen. Hier ist  
140 Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland mit der Gesundheitskarte für Flüchtlinge  
141 bundespolitisch Vorbild – hieran sollten wir uns orientieren, um die  
142 Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge zu verbessern.
- 143 • Für erwachsene Flüchtlinge sollen in den Kommunen beispielsweise über die  
144 Volkshochschulen Sprachkurse angeboten werden.
- 145 • Um die schulische und berufliche Integration zu erleichtern, sollen möglichst früh die  
146 Qualifikationen von Flüchtlingen abgefragt werden.
- 147 • Stärkung der psychotraumatischen Hilfen für Flüchtlinge .

148 Von der Bundesregierung erwarten wir:

- 149 • Strukturelle und dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der  
150 Flüchtlingsunterbringung: Es kann nicht sein, dass der Bund bei steigenden  
151 Flüchtlingszahlen nur feste Beträge anbietet. Auch die Mitarbeiterzahlen des Bundesamts  
152 für Migration und Flucht müssen endlich kontinuierlich an die aktuellen Entwicklungen  
153 angepasst werden.
- 154 • Klare Zusagen des Bundes bei den Sprach- und Integrationskursen: Der Willkommenskultur  
155 muss die Integrationskultur folgen. Viele Flüchtlinge werden lange oder für immer in

156 unserem Land bleiben. Sie brauchen Unterstützung beim Lernen unserer Sprache und beim  
157 Zurechtfinden in einem neuen, ihnen bislang fremden Land.

158 • Erleichterter Arbeitsmarktzugang: Es ist widersinnig, Fachkräftemangel zu haben, und das  
159 Potenzial von qualifizierten Flüchtlingen mit Bleibeperspektive nicht möglichst  
160 frühzeitig zu nutzen und zu fördern

161 • Einwanderungsgesetz: Jenseits des Asylrechts braucht es klare und legale Wege zur  
162 Einwanderung in unser Land.

163 • populistischen Tendenzen zu widerstehen: Sprüche, ideologische Debatten oder  
164 Scheinlösungen helfen niemanden. So atmet der bekanntgewordene Referentenentwurf der  
165 Bundesregierung zur Änderung des Asylrechts den Geist von Aktionismus, Sanktion und  
166 Repression, statt die Länder und Kommunen bei ihren Aufgaben ausreichend zu unterstützen.  
167 Auch löst die Debatte um eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten kein einziges real  
168 vorhandenes Problem. Weder hat die bisherige Ausweitung die Zuwanderung aus den Balkan-  
169 Ländern gestoppt, noch ist das Asylrecht das richtige Instrument, um die  
170 Perspektivlosigkeit vieler Menschen in diesen Ländern zu ändern.

171 Vor dem Hintergrund der genannten Erwartungen enthalten die Vereinbarungen des Bund-Länder-  
172 Flüchtlingsgipfels vom 24. September 2015 Licht und Schatten.

173 Wir haben den legalen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, eine direkte Unterstützung der  
174 Minderheiten auf dem westlichen Balkan und eine regelmäßige Überprüfung der so genannten  
175 sicheren Herkunftsländer erkämpft. Wir haben damit faktisch den Einstieg in ein  
176 Einwanderungsgesetz geschafft. Die Öffnung und Finanzierung von Integrationskursen,  
177 Qualifizierungen für den Arbeitsmarkt, ein Wohnungsbauprogramm und eine dauerhafte, dynamische  
178 und strukturellen Beteiligung des Bundes an den Kosten wurde vereinbart. Die von Teilen der  
179 Union geplanten grundsätzlichen Verschärfungen des Asylrechts, konnten in wichtigen Teilen  
180 abgewehrt werden. Vor allem wurden alle Angriffe auf das Grundrecht auf Asyl verhindert.

181 Es handelt sich jedoch um ein Paket, in dem auch Punkte enthalten sind, die grünen  
182 Vorstellungen zuwiderlaufen. So sind Leistungskürzungen für Ausreisepflichtige oder weitere  
183 sichere Herkunftsländer schwer tragbar. Und eine Reihe von Maßnahmen, die Bürokratie abgebaut  
184 und damit Flüchtlinge, Behörden und Helfer entlastet hätten, waren partout gegen die Große  
185 Koalition nicht durchsetzbar, etwa eine Altfallregelung oder die Abschaffung der  
186 Vorrangprüfung.

187 Wir sehen uns in der Verantwortung, den Menschen, die zu uns vor Krieg und Verbrechen fliehen,  
188 schnell eine Perspektive in unserer Gesellschaft zu geben. Den vielen Menschen, die ihnen  
189 helfen, Unterstützung zu geben und die Kommunen und Organisationen in die Lage zu versetzen,  
190 die große Aufgabe der Integration zu meistern.

191 Vor dem gesamten Hintergrund schließen wir uns der gemeinsamen Bewertung des GRÜNEN  
192 Ministerpräsidenten, der GRÜNEN stellvertretenden Ministerpräsidentinnen und  
193 Ministerpräsidenten sowie der Partei- und Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Bund an und sehen  
194 in dem Paket eine tragfähige Grundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren.